

Für Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Zusammenhalt **Bereich: Familie, Frauen und Kinder**

In den kommenden Jahren werden wir eine offene und demokratische Gesellschaft verteidigen und stärken. Diskriminierung und Ausgrenzung schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ziel ist daher ein respektvolles Miteinander und alltägliche Akzeptanz von Vielfalt. Denn eine freie Gesellschaft muss allen Menschen garantieren, jederzeit, an jedem Ort, ohne Angst und Anfeindung verschieden zu sein.

Familien

Familie ist, wo Kinder sind. Sie zu stärken und zu entlasten ist unser Ziel. Union und SPD werden ein modernes Familienrecht auf den Weg bringen, um die gelebte Familienrealität in Deutschland auch gesetzlich abzusichern und so das Wohl der Kinder besser zu gewährleisten.

Mehr Gleichberechtigung von Männern und Frauen

Union und SPD werden einen breiten Ansatz der Gleichstellung in allen gleichstellungspolitischen Maßnahmen berücksichtigen. Frauen sind keine homogene Gruppe. Die Gleichstellung der Frau meint auch Gleichstellung lesbischer, bisexueller, trans- und intergeschlechtlicher Frauen.

Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen und Kindern

Frauen und Kinder sind von unterschiedlichen Formen der Gewalt betroffen, etwa auch von rassistischer und homo- und transphober Gewalt. Diese Vielschichtigkeit von Gewalterfahrungen wird in allen Programmen zur Prävention und Unterstützung von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern Eingang finden.

Erläuterung

Familien

Die Vielfalt an gelebten Familienformen muss anerkannt und rechtlich abgesichert sein. Das dient auch dem Wohl der Kinder. Kein Kind darf bezüglich seiner Familienform diskriminiert werden. Insbesondere werden wir die im Anschluss an die Eheöffnung für gleichgeschlechtliche Paare folgerichtige Gleichstellung von Kindern. Das Recht auf Familiengründung muss für alle gelten. Mit einem dementsprechenden Bundesgesetz werden wir klarstellen, dass die assistierte Reproduktion allen Menschen unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung bzw. geschlechtlicher Identität offensteht.

Mehr Gleichberechtigung von Männern und Frauen

Die Gleichstellung der Frau meint auch Gleichstellung lesbischer, bisexueller, trans- und intergeschlechtlicher Frauen. Frauen sind keine homogene Gruppe. Ihre Erfahrungen, Chancen und Identitäten sind neben ihrem Geschlecht auch abhängig von vielen anderen Faktoren wie etwa Hautfarbe, Staatsbürgerschaft, Einkommen, Religion oder auch ihrer sexuellen Orientierung oder ob sie sich mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren oder nicht. Dieser breite Ansatz der Gleichstellung sollte in allen gleichstellungspolitischen Maßnahmen berücksichtigt werden.

Für Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Zusammenhalt **Bereich: Soziales, Rente, Gesundheit und Pflege**

In den kommenden Jahren werden wir eine offene und demokratische Gesellschaft verteidigen und stärken. Diskriminierung und Ausgrenzung schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ziel ist daher ein respektvolles Miteinander und alltägliche Akzeptanz von Vielfalt. Denn eine freie Gesellschaft muss allen Menschen garantieren, jederzeit, an jedem Ort, ohne Angst und Anfeindung verschieden zu sein.

Gesundheit

Union und SPD erkennen das Recht eines jeden Menschen auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit an. Wir wollen eine geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen.

Daher werden wir einen gruppenspezifischen Berichts zur gesundheitlichen Lage von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen in Deutschland erstellen und verstärkt Forschung über das Gesundheitsverhalten und die Gesundheitsversorgung von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen ermöglichen.

Wir werden medizinisch nicht notwendige Operationen an intergeschlechtliche Menschen ohne deren Einwilligung ausdrücklich verbieten. Auch für transgeschlechtliche Personen streben wir eine bestmögliche Gesundheitsversorgung an. Die oft langwierigen Verfahren bei den Krankenkassen zur Kostenübernahme für geschlechtsangleichende Maßnahmen und Operationen werden wir durch entsprechende Richtlinien vereinfachen, beschleunigen und vereinheitlichen.

Zudem werden wir sogenannte „Umpolungs- und Konversionstherapien“ an Minderjährigen verbieten.

Erläuterung

Pflege

Die Diversität von pflegebedürftigen, älteren und alten Menschen ist Bestandteil einer kultur- und vielfaltsensiblen Pflege und durch dementsprechende Aus- und Fortbildung zu gewährleisten. Union und SPD werden eine angemessene Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse von älteren Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen in allen Bereichen der Seniorenpolitik und der Altenhilfe gewährleisten.

Gesundheit

Im UN-Sozialpakt ist das Recht auf Gesundheit verbrieft. Dieses Menschenrecht auf Gesundheit beinhaltet einen diskriminierungsfreien Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Als Vertragsstaat hat Deutschland das Recht eines jeden Menschen auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit anerkannt. Homo- und Transphobie machen krank und verhindern ein Erreichen bestmöglicher physischer und seelischer Gesundheit. Laut dem Weltärztebund sind direkte und indirekte Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung häufige Ursachen für psychische und physische Erkrankungen.

Genauso wie Homosexualität sind auch Trans- und Intergeschlechtlichkeiten keine Krankheiten, sondern gleichwertiger Bestandteil von menschlicher Vielfalt. Dennoch führen Ärztinnen und Ärzte bis heute unnötige und kosmetische Genitaloperationen an intergeschlechtlichen Kindern durch. Diese Operationen sind keine Heileingriffe, sondern verletzen das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit, Selbstbestimmung und Würde von intergeschlechtlichen Menschen und verstoßen gegen die UN-Kinderrechtskonvention. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat deutlich gemacht, dass das Grundgesetz auch diejenigen, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen vor Diskriminierung wegen ihres Geschlechts geschützt sind.

Eine Entpathologisierung von Transgeschlechtlichkeit/Transsexualität muss auch die Abschaffung entwürdigender Zwangsbegutachtungen bedeuten. Niemand kann die eigene geschlechtliche Identität besser einschätzen als die Individuen selbst.

Sogenannte „Umpolungs- und Konversionstherapien“ an Minderjährigen werden vor allem von religiös-fundamentalistischen Organisationen angeboten. Diese zielen ausgehend von einer Abwertung von Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit auf eine Änderung von Sexualverhalten, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität ab und sind insbesondere für Jugendliche sehr belastend. Zudem werden wir durch öffentliche Aufklärung vor der Unsinnigkeit und Gefährlichkeit dieser Angebote warnen.

Pflege

Alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität sollten durch die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die ambulanten und stationären Angebote der Altenpflege angesprochen sein.

Für Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Zusammenhalt **Bereich: Innen, Recht und Verbraucherschutz**

In den kommenden Jahren werden wir eine offene und demokratische Gesellschaft verteidigen und stärken. Diskriminierung und Ausgrenzung schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ziel ist daher ein respektvolles Miteinander und alltägliche Akzeptanz von Vielfalt. Denn eine freie Gesellschaft muss allen Menschen garantieren, jederzeit, an jedem Ort, ohne Angst und Anfeindung verschieden zu sein.

Pakt für den Rechtsstaat

Union und SPD werden ein Bund-Länder-Programm zum Monitoring, zur Prävention und zur Ahndung von Hasskriminalität und vorurteilsmotivierter Kriminalität gegen Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen auf den Weg bringen. Außerdem werden wir die bestehende Gesetzgebung gegen Hasskriminalität (§ 46, § 130 StGB) reformieren und die Motive Homophobie und Transfeindlichkeit ausdrücklich im Gesetzestext benennen.

Recht

Eine moderne Gesellschaft braucht modernes Recht in den Bereichen:

- Familienrecht/Abstammungsrecht
 - Union und SPD werden ein modernes Familienrecht auf den Weg bringen, um die gelebte Familienrealität in Deutschland auch gesetzlich abzusichern. Im Anschluss an die Eheöffnung werden wir folgerichtig auch Kindern gleichstellen, die in eine gleichgeschlechtliche Ehe hineingeboren werden.
- Gleichberechtigung/Vielfalt
 - Artikel 3, Absatz 3 im Grundgesetz soll um die Merkmale der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität ergänzt werden.
 - Union und SPD werden eine menschenrechtsbasierte Gesetzgebung zur Anerkennung der Geschlechtsidentität auf den Weg bringen.
 - Alle Menschen sollten in Deutschland gleiche Chancen auf Teilhabe und Gleichbehandlung haben. Wir stehen für ein wirksames Antidiskriminierungsrecht. Bestehende Lücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden wir schließen.

Stärkung der Zivilgesellschaft

Die Stärkung der freiheitlichen Demokratie muss allen am Herzen liegen! Deshalb wollen wir Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft umsetzen:

- Einen effektiven und in die Zukunft gerichteten Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Homo- und Transphobie mit klaren zeitlich definierten Zielvereinbarungen, belastbaren Selbstverpflichtungen der zuständigen staatlichen Stellen und angemessenen Haushaltsmitteln.

Erläuterung

Pakt für den Rechtsstaat

Wir werden den Rechtsstaat handlungsfähig erhalten. Dies stärkt auch das Vertrauen in die rechtsstaatliche Demokratie. Ideologien der Ungleichwertigkeit, die Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit als alleinige Normen definieren, tabuisieren, werten ab und grenzen aus. Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen haben in den letzten

Jahrzehnten viel an Akzeptanz erkämpft und gewonnen. Dennoch werden sie im Alltag auch heute noch oft als Menschen zweiter Klasse behandelt, verleugnet, beleidigt, verbal oder gar physisch bedroht und angegriffen. Das darf nicht hingenommen werden. Es gilt auch ihr Vertrauen in den Rechtsstaat zu stärken.

Recht

Eine moderne Gesellschaft braucht modernes Recht in den Bereichen:

Familienrecht/Abstammungsrecht

Familien werden auch dadurch gestärkt, dass die Vielfalt an gelebten Familienformen anerkannt und elterliche Sorge- und Verantwortungsbeziehungen rechtlich abgesichert werden. Das dient auch dem Wohl der Kinder. Kein Kind darf bezüglich seiner Familienform diskriminiert werden. Das Recht auf Familiengründung muss für alle gelten. Mit einem dementsprechenden Bundesgesetz sollte klargestellt werden, dass die assistierte Reproduktion allen Menschen unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung bzw. geschlechtlicher Identität offensteht.

Gleichberechtigung/Vielfalt

Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Rechtspopulismus ist der verfassungsmäßige Schutz des bisher Erreichten ein dringendes Gebot der Stunde. Auch nach 1945 wurde Homosexualität trotz des Grundgesetzes strafrechtlich verfolgt. Die Aufnahme der Merkmale der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität in den Gleichheitsartikel ist auch eine Konsequenz der Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels unserer Geschichte und der von uns in der vergangenen Legislatur verabschiedeten Rehabilitierung der nach Paragraph 175 StGB Verurteilten. Darüber hinaus ist die Sichtbarkeit und Repräsentanz von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen in unserer Verfassung ein klares Bekenntnis, dass sie zu dieser Gesellschaft gehören und ein Recht darauf haben, angst- und diskriminierungsfrei zu leben. Eine menschenrechtsbasierte Gesetzgebung zur Anerkennung der Geschlechtsidentität ist angesichts des bestehenden Leidensdrucks für trans- und intergeschlechtliche Menschen sowie eines Reformstaus im Bereich des Transsexuellenrechts unabdingbar. Trans- und intergeschlechtliche haben als gleichberechtigte Menschen ein Recht auf freie Entfaltung und Entwicklung. Sie müssen einen angemessenen Platz in der Rechtsordnung erhalten. Die Reform des Transsexuellenrechts sollte die Würde und Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellen und durch die Antragslösung bestehende demütigende Hürden auf dem Weg zur Vornamens- und Personenstandsänderung beseitigen.

Alle Menschen sollten in Deutschland gleiche Chancen auf Teilhabe und Gleichbehandlung haben. Ein wirksames Antidiskriminierungsrecht muss bestehende Lücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) schließen, insbesondere durch die Einführung eines Verbandsklagerechts sowie die Aufhebung der Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften außerhalb verkündigungsnaher Tätigkeiten.

Für Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Zusammenhalt **Bereich: Migration und Integration**

In den kommenden Jahren werden wir eine offene und demokratische Gesellschaft verteidigen und stärken. Diskriminierung und Ausgrenzung schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ziel ist daher ein respektvolles Miteinander und alltägliche Akzeptanz von Vielfalt. Denn eine freie Gesellschaft muss allen Menschen garantieren, jederzeit, an jedem Ort, ohne Angst und Anfeindung verschieden zu sein.

Migration und Integration

Zuwanderung

Der Familiennachzug wird auch ständigen gleichgeschlechtlichen Partnerinnen und Partnern gewährt.

Gelingende Integration

Union und SPD wollen die Integration in die demokratische Gesellschaft fördern. Wir werden sämtlichen Programme zur Integration und Materialien zum Spracherwerb darauf ausrichten, dass sie Demokratie und individuelle Freiheitsrechte fördern. Dabei werden auch die Lebenssituation und Rechte von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen zum verpflichtenden Regelthema in Integrations- und Sprachkursen werden.

Effizientere Verfahren

Wir werden das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Einstufung von Staaten als sichere Herkunftsstaaten respektieren. Darum werden wir Länder, in denen homosexuelle Handlungen strafrechtlich verboten sind, nicht zu „sicheren Herkunftsstaaten“ deklarieren. Denn wenn Verfolgerstaaten als „sicher“ bewertet werden, macht sich Deutschland im weltweiten Kampf um Entkriminalisierung unglaubwürdig. Union und SPD werden faire, qualifizierte und kultursensible Asylverfahren gewährleisten. Dabei berücksichtigen wir auch die spezielle Situation von schutzbedürftigen Personen gemäß der EU-Aufnahmerichtlinie (2013/33/EU). Dazu gehören auch lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Flüchtlinge.

Erläuterung

Zuwanderung

Eine Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität ist eine Fluchtursache und anerkannter Asylgrund. Wenn der Familiennachzug nur bei Ehen gewährt wird, die vor der Flucht geschlossen sein müssen, werden gleichgeschlechtliche Partnerschaften ignoriert. Gleichgeschlechtliche Paare werden so erneut dafür bestraft, dass sie in ihren Herkunftsländern nicht rechtlich anerkannt oder verfolgt werden.

Gelingende Integration

Zusätzlich zur Integrationsunterstützung bei Bildung, Arbeitsmarkt und Wohnen ist ein unabdingbarer Aspekt von Integration auch das gesellschaftliche Miteinander und das Sichern eines dem Grundgesetz verpflichteten Zusammenlebens. Integration in eine demokratische Gesellschaft braucht Offenheit statt Vorurteile, sie braucht die Bereitschaft der Neuankommenden und der aufnehmenden Gesellschaft, sich füreinander zu öffnen.

Sämtlichen Programme zur Integration und Materialien zum Spracherwerb sollten darauf ausgerichtet sein, dass sie Demokratie und individuelle Freiheitsrechte fördern. Die Lebenssituation und Rechte von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen sollte als Regelthema in Integrations- und Sprachkursen verpflichtenden angemessenen Raum erhalten. Die Lehrkräfte müssen dementsprechend sensibilisiert und geschult werden.

Effizientere Verfahren

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Einstufung von Staaten als sichere Herkunftsstaaten muss respektiert werden. Danach heißt es: „Für die Bestimmung eines Staates zum sicheren Herkunftsstaat muss Sicherheit vor politischer Verfolgung landesweit und für alle Personen- und Bevölkerungsgruppen bestehen“ (BVerfGE 94, 115). Für die Bevölkerungsgruppe der Lesben und Schwulen besteht diese Sicherheit in Algerien, Marokko und Tunesien in keiner Weise. In allen drei Staaten werden Homosexuelle als soziale Gruppe verfolgt, ist einvernehmliche Sexualität unter Erwachsenen gleichen Geschlechts mit hohen Gefängnisstrafen bedroht. Menschen werden eingesperrt und misshandelt, nur weil sie anders lieben. Darum dürfen Länder, in denen homosexuelle Handlungen strafrechtlich verboten sind, nicht zu „sicheren Herkunftsstaaten“ deklariert werden. Werden Verfolgerstaaten als „sicher“ bewertet werden, macht sich Deutschland auch im weltweiten Kampf um Entkriminalisierung unglaubwürdig.

Effizientere Verfahren – das muss auch faire, qualifizierte und kultursensible Asylverfahren bedeuten. Alle am Asylverfahren Beteiligten sollten auch über die Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität als anerkannten Asylgrund im Bilde sein und die spezifischen Schwierigkeiten und die Rechtsprechung kennen. Die spezielle Situation von schutzbedürftigen Personen gemäß der EU-Aufnahmerichtlinie (2013/33/EU) muss zudem berücksichtigt werden. Zu dieser Gruppe gehören auch lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Flüchtlinge.

Für Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Zusammenhalt
Bereich: Außen, Entwicklung und Bundeswehr

In den kommenden Jahren werden wir eine offene und demokratische Gesellschaft verteidigen und stärken. Diskriminierung und Ausgrenzung schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ziel ist daher ein respektvolles Miteinander und alltägliche Akzeptanz von Vielfalt. Denn eine freie Gesellschaft muss allen Menschen garantieren, jederzeit, an jedem Ort, ohne Angst und Anfeindung verschieden zu sein.

Fluchtursachenbekämpfung

Union und SPD werden auch die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen in der Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik fördern. Die Arbeit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung wird langfristig und nachhaltig durch staatliche Mittel abgesichert.

Erläuterung

Fluchtursachenbekämpfung

Gefängnis, Todesstrafe, Folter und Gewalt – in vielen Ländern müssen Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen in ständiger Gefahr und Angst leben. Trotzdem treten mutige Menschen heute auf allen Kontinenten für die Rechte von Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen ein und machen deutlich, dass die Menschenrechte für alle gelten. Dieser Einsatz für Entkriminalisierung und Akzeptanzförderung muss unterstützt werden – auf diplomatischer Ebene aber auch durch finanzielle Förderung von Projekten, die den Menschenrechtsschutz von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen ausbauen. Die Sensibilisierung des diplomatischen Personals einschließlich der Botschafterinnen und Botschafter muss Bestandteil einer Förderung der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen durch die deutschen Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik sein.